

Haushaltsrede der CDU-Gemeinderatsfraktion
zum Haushalt 2018 der Gemeinde Sontheim an der Brenz
Dienstag, 23.01.2018

Ass. iur. Magnus Welsch
Fraktionsvorsitzender

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Eine Veröffentlichung und Weitergabe der Rede an Dritte ist untersagt bis
Dienstag, 23.01.2018, 22:30 Uhr.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

als wir den Entwurf des Haushaltsplans 2018 nach einer ersten
Durchsicht bewerteten, fiel uns auf, dass es trotz eines
unausgeglichene und defizitären Haushalts, der mit einer erneuten
Schuldenaufnahme in Höhe von 1,24 Millionen verbunden ist,
hinsichtlich der geplanten Investitionen wenig auszusetzen gibt. Die
Haushaltsberatung vor 14 Tagen verlief infolgedessen ohne große
Streichungen und nennenswerte Veränderungen. Wir haben sicher
schon streitbarere Haushaltsentwürfe präsentiert bekommen. Ein
Haushaltsplan, der unkompliziert zu sein scheint, der keine große
Angriffsfläche bietet. Das könnte fast nach einem Kompliment klingen.
Damit wollen wir uns aber erst einmal zurückhalten – ein Kompliment
aber insoweit, als dass es gelungen, den Haushalt noch im alten Jahr
einzubringen und im Januar zu verabschieden. Zum ersten Mal in dieser
Wahlperiode wohlgemerkt.

1. Rückblick auf Investitionen

„Sontheim ist richtig durchgestartet“, „Sontheim - ein dynamischer Ort“ – so könnte eine reißerische Überschrift einer Werbekampagne für unsere Gemeinde lauten.

Welche Gemeinde saniert zeitgleich die Hauptdurchfahrtsstraßen in zwei Teilorten, beschließt ein Sanierungskonzept für das Schulgebäude, führt dieses durch, treibt die innerörtliche Entwicklung mit Wohnbebauung voran und vergrößert das Angebot an Kinderbetreuung in erheblichem Maße? Hat da noch jemand Zweifel, dass den Menschen in Sontheim an der Brenz viel geboten wird? Manchmal mag man gar nicht glauben, dass dies eines Tages anders werden soll. Eine mögliche Abkehr vom Mega-Investitionskurs der letzten Jahre erscheint dabei wie ein kalter Entzug.

Gewiss sind wir alle im Gemeinderat interessiert daran, dass wir sichtbare Leistung erbringen, dass wir investieren und die Kommune vorantreiben.

Überrascht bis erfreut waren wir als CDU-Fraktion in diesem Jahr, als Sie Herr Bürgermeister, bei Ihrer Haushaltsrede davon sprachen, dass es auf Dauer so nicht weitergehen kann.

Wir hatten in den Jahren 2015 und 2016 eine ähnliche Einschätzung, die wir auch mehrmals kundgetan haben und fühlen uns deshalb bestätigt.

Im Haushaltsjahr 2018 ist es der Gemeindeverwaltung sicherlich gelungen, große Projekte herauszuhalten. Die Sanierung des Hauptschulgebäudes ist gewiss eingestellt. Durch die Bezuschussung aus dem Ausgleichsstock II fällt sie in dieser Jahreskalkulation allerdings nur mit 131.600 Euro ins Gewicht. Das bringt unseren Haushalt sicherlich nicht ins Wanken.

2. Gemeindefinanzen

Für die allgemeine Finanzschwäche sind die millionenschweren Maßnahmen der vergangenen Jahre verantwortlich. Tilgung und Zinszahlung von Krediten belasten uns schwer. Zudem beläuft sich die Netto-Neuverschuldung in 2018 auf 628.600 Euro.

Rechnet man den Schuldenstand der Wasserversorgung, der 1,84 Millionen Euro beträgt, zu den Gemeindeschulden, so werden wir am Jahresende zum ersten Mal in der Geschichte der Gemeinde Schulden in zweistelliger Millionenhöhe, nämlich 10,7 Millionen Euro, haben. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von knapp 2.000 Euro.

Einige Punkte im Haushaltsplan sind hierzu nicht eindeutig aufgeführt und nur schwer nachvollziehbar.

Wir beantragen (1) damit schon am heutigen Tage für die nächstjährige Haushaltsberatung die Vorlage eines kurzen Finanzberichts zum Vorjahr, der insbesondere die tatsächliche Kreditaufnahme des

Vorjahres ausweist. Einzig die Höhe der Kreditermächtigung ist nicht ausreichend.

Für uns stellt dieser Haushalt auch ein Exempel für das kommende Jahrzehnt dar. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Haushaltskalkulationen in den 2020er-Jahren ähnlich aussehen werden. Für große Dinge wird uns dann das Geld fehlen, Fremdfinanzierung wird aufgrund wieder gestiegener Zinsen erschwert, doch die Aufgaben im Kleinen – Sanierungen, Leistungen im sozialen Bereich – werden anwachsen. Genau dieses Phänomen zeigt der Haushaltsplan 2018 bereits heute auf. Wir sehen, dass wir schon heute für unsere „Alltagsgeschäfte“ auf Kredite angewiesen sind. Das macht sicher nicht nur meiner Fraktion Angst. Schon heute finanzieren wir den Verwaltungshaushalt zu 36% mit Krediten.

So sehr man noch der Überzeugung ist, dass ein ausgeglichener Haushalt zuvorderst durch eine defensive Ausgabenpolitik erreicht werden kann, wird man zukünftig zwangsläufig erkennen müssen, dass es ohne Steigerung der Einnahmen auch nicht gehen wird. Wir wollten diese Entwicklung immer verhindern und sind auch am heutigen Tage darum bemüht eine Mehrbelastung für die Einwohner im Ort zu verhindern. Sollte dies am Ende des Tages nicht gelingen, wird es eine

Folge unseres rasanten Investitionskurses der letzten Jahre sein. Den Schuh müssen wir uns dann anziehen.

Und, ganz ehrlich, wie stellen wir uns eine Einnahmensteigerung vor?

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen deuten nicht daraufhin.

Wir setzen die Prognose jedes Jahr sehr optimistisch an, doch das

entspricht ja nicht immer der Realität. Von der guten Konjunktur in

Deutschland kommt zu wenig in Sontheim an. In deutschen Städten und

Gemeinden wurde 2017 ein Überschuss von vier Milliarden Euro erzielt.

Die Einnahmen durch Grund- und Gewerbesteuer stiegen um 56

Prozent. Wir in Sontheim haben dazu wohl wenig beigetragen.

Weiterhin denke ich aber auch an die Grundsteuer B. Die Bemessung

des Hebesatzes steht wohl vor der Verfassungswidrigkeit. Ein Urteil des

Bundesverfassungsgerichts ist abzuwarten. Nicht auszudenken, dass ab

2022 die Einnahmen aus der Grundsteuer B infolgedessen geringer

ausfallen werden.

So stehen wir mit Sicherheit vor sehr herausfordernden Jahren.

„Die Auswirkungen der Schulden der öffentlichen Haushalte scheinen auf

den ersten Blick keinen Bezug zum Leben der Bürger zu haben.“ So

skizziert die Initiative Neuer Sozialer Marktwirtschaft (INSM) die

trügerische Sichtweise auf die Umstände der Staatsverschuldung.

Ich schließe mich der Aussage an, möchte aber feststellen, dass es auf den zweiten Blick sehr wohl einen Bezug zum Leben der Bürger gibt.

3. Stellenplan / interkommunale Zusammenarbeit

Seit Jahren diskutieren wir untereinander in Fraktionssitzungen, aber auch mit Landes- und Bundespolitikern die Zukunft von Gemeinden in der Größe von Sontheim an der Brenz. Gewiss stoßen wir oftmals an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Dies geschieht in finanzieller Hinsicht, aber auch in personeller. Und ohne zu viel intern zu verraten, tun wir uns oftmals schwer mit der Personalgewinnung für gewisse Aufgabenfelder in der Gemeindeverwaltung. Kaum einem Bürger dürfte entgangen sein, dass wir innerhalb von anderthalb Jahren heute zum dritten Mal einen Kämmerer wählen mussten. Da ist es nicht unanständig auch etwas lauter darüber nachzudenken, ob nicht Kooperationen mit Nachbargemeinden in gewissen Aufgabenfeldern eingegangen werden. Die Einstellung eines Integrationsmanagers erfolgt interkommunal unter Beteiligung der Städte Giegen und Niederstotzingen. Ein gutes Beispiel für die Sinnhaftigkeit von Verwaltungszusammenarbeit. Auch heute verrät ein Blick in den Stellenplan, dass im Bauamt eine weitere Stelle geschaffen werden soll. Wir sehen auch Engpässe in personeller Hinsicht, doch wäre es nicht auch eine Möglichkeit, gerade im Bauamt auch eine ähnliche Lösung wie

mit dem Integrationsmanager anzustreben? Wir stellen den Antrag (2), vor Einstellung einer weiteren Kraft im Bauamt auszuloten, ob nicht auch hier eine Kooperationslösung denkbar ist.

Wir sind als Gemeinde gefragt ein zukunftsfähiges Verwaltungsmodell zu entwickeln. Eine den Kern verändernde Verwaltungsreform seitens des Landes wie Mitte der 1970er-Jahre ist nicht zu erwarten. Und glauben Sie mir, diese Thematik wird uns in den nächsten fünf bis zehn Jahren ereilen.

Wir denken dabei auch an die Reform für zukünftige Forstorganisation – kurz Forstreform – die uns spätestens im Sommer 2019 beschäftigen wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen zu sein, dass Kommunen für den gemeindeeigenen Wald selbst Personal zur Verfügung stellen müssen. Undenkbar bei der aktuellen Haushaltslage, dass wir das schultern können.

Im April 2017 haben wir beschlossen, die Schulsozialarbeit als Träger zu übernehmen. Damit haben wir die Personalverantwortung für zwei festangestellte Sozialarbeiterinnen übernommen.

Der Landkreis Heidenheim hat dies nach Auflösung des Trägervereins verursacht. Wir waren und sind der Überzeugung, dass diese soziale Leistung nicht Kompetenz der Gemeinden ist, jedoch haben wir die Übernahme wohlwollend unterstützt, da wir die Aufgabe in der heutigen Zeit für unerlässlich halten. Es wird in Zukunft ohne Zweifel weitere

Kompetenzerweiterungen geben, da sind wir uns sicher. Insbesondere sind wir als Gemeinde das letzte Glied in der Kette und sobald Land oder Landkreis etwas verändern oder abgeben wollen, liegt es an uns.

Auch wurde im vergangenen Jahr darüber nachgedacht einen kommunalen Kindergarten zu errichten. Auch das würde das Spektrum der gemeindlichen Betätigung erweitern. Sie sehen, die Reise ist endlos. Unsere Kompetenz und Bedeutung wächst dadurch an, aber leider tun dies auch die Ausgaben.

Also lassen Sie uns mit dem geteilten Integrationsmanager als gutes Beispiel vorangehen und weiter in diese Richtung denken.

4.Schulen und Kindergärten

Die Sanierung der Außenfassade des Hauptschulgebäudes ist beschlossene Sache. Glücklicherweise sind wir über den Zuschuss in Höhe von 800.000 Euro, den wir aus dem Ausgleichstock II erhalten haben.

Der Innenausbau wird wohl in diesem Jahr geplant. Wir sind gespannt auf die Entwürfe und hoffen auf eine gelingende Umsetzung.

Auch wird uns die Zukunft der Brenzer Grundschule 2018 beschäftigen, ob wir wollen, oder nicht. Wir als Fraktion haben uns dazu bekanntermaßen 2015 bereits positioniert und über den weiteren Betrieb der Schule nachgedacht. Eine Entscheidung – in welche Richtung sie auch gehen mag – muss in den nächsten Wochen fallen. Da müssen wir

uns der Verantwortung stellen und intensiv über den Umgang mit möglichen Folgeerscheinungen diskutieren. Wir sind das den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern schuldig. Ein Spielen auf Zeit ohne Mut und Entschlossenheit wird sich am Ende als Künstlerpech erweisen.

Im Hinblick auf den Ausbau der Kinderbetreuung werden wir uns von vornherein keinem Konzept verschließen. Wir wissen um die Dringlichkeit. Der Schuh drückt vorne und hinten.

Eine beträchtliche Summe für den Ausbau der Kinderbetreuung ist in diesem Haushaltsplan eingestellt. Dies ist einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geschuldet, die sich in den nächsten Jahren wohl fortsetzen wird. Wir sind natürlich auch froh darüber, dass viele junge Familien mit Kinder gerne in Sontheim leben und auch die hiesigen Betreuungsangebote in Anspruch nehmen. Nicht zuletzt deshalb wurden wir 2015 als familienbewusste Gemeinde ausgezeichnet. Diesem Titel müssen wir auch weiterhin gerecht werden. Die Möglichkeiten einer Erweiterung wurden im Herbst dem Gemeinderat vorgestellt. Diskussion und endgültige Entscheidung müssen im Laufe des Jahres getroffen werden, auch darüber ob zukünftig die Gemeinde auch Träger eines kommunalen Kindergartens sein möchte.

5.Baugebiete

Wir als Gemeinderäte können jeden Monat staunen, wie viele Baugesuche eingehen, wie oft wir das gemeindliche Einvernehmen erteilen und wie viele Bauplätze wir zurzeit verkaufen. Die gesamtwirtschaftliche Lage im Land ist gut und Sontheim ist attraktiv. Das sind unserer Auffassung nach, die zwei entscheidenden Kriterien. Verwaltung und Gemeinderat haben es verstanden ausreichend Bauland zu erschließen und zeitnah den Interessenten zur Verfügung zu stellen. Wir können in diesem Jahr auch wieder in allen drei Teilorten Bauplätze anbieten und wir arbeiten weiter daran, dass dies in den kommenden Jahren auch so bleiben wird.

Die Wohngebiete im Ort müssen attraktiv gestaltet werden und eine optimale Anbindung an die zentralen Einrichtungen der Gemeinde bieten. Insofern unterstützen wir den Bau eines Stegs, der das Wohngebiet Oberer Bogen dem Kernort näher bringt. Wir denken dabei an verkürzte Schul- und Kindergartenwege aber auch an Erleichterungen bei Besorgungen des täglichen Bedarfs.

Im Oktober haben wir mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Franziskaweg“ den Weg für Wohnbebauung in dieser Straße geebnet. Wir sind dem Vorhaben keinesfalls abgeneigt, weisen jedoch daraufhin, dass eine bevorstehende Änderung des Bebauungsplans des

angrenzenden Gewerbegebiets zu keinerlei Einschränkungen der dortigen Wirtschaftsbetriebe führen darf. Das Aufeinandertreffen von Industrie und Wohnbebauung ist in den seltensten Fällen harmonisch. Diesen Umstand bitten wir zu bedenken.

6.Digitalisierung/Breitbandausbau

Lassen Sie mich zum Thema Digitalisierung und Breitbandausbau ein paar Worte verlieren.

Eine echte Jahrhundertaufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Und gerade in Deutschland, einem der fortschrittlichsten Industrienationen der Welt, hakt es an allen Ecken und Enden. Wir gehören zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union in puncto Digitalisierung. Die Gründe sind vielfältig, nicht zuletzt liegt es auch an vielen rechtlichen Barrieren, die nicht so einfach zu überspringen sind. Außerdem bereitet der deregulierte Telekommunikationsmarkt Probleme. Nicht selten werden zwei oder gar drei Datenautobahnen in einer Kommune parallel verlegt. Der Wettbewerb will es so. Doch wir als Gemeinde müssen den Ausbau der digitalen Infrastruktur unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Daseinsvorsorge verstehen. Kein Bürger in unserem Ort darf abgeschnitten sein von schnellen Datenleitungen.

Wir können deshalb nicht schnell genug voranschreiten mit dem Breitbandausbau und der Leerrohrverlegung im Vorfeld. Die

Entscheidung der Deutschen Telekom, den Ausbau im Teilort Sontheim auf eigene Faust voranzutreiben, ist zu begrüßen. So wird allen Bürgern im Teilort Sontheim zeitnah eine VDSL2-Leitung zur Verfügung stehen. Die Frage nach den Kosten für die Hausanschlüsse ist damit jedoch noch nicht geklärt. Wer also die maximal verfügbare Geschwindigkeit im Down- und Upload durch den Einsatz von Vectoring-Technik möchte, wird in Sontheim in die eigene Tasche greifen müssen. Immerhin besteht nun die Möglichkeit und gerade für Wirtschaftsunternehmen ist das einer der wesentlichen Standortfaktoren in der heutigen Zeit.

Wir wollen auch die Digitalisierung uns dort zunutze machen, wo sie Bürger und Verwaltung gleichermaßen entlastet. Dabei denken wir an digitale Behördengänge ohne mehr selbst den Gang zum Rathaus antreten zu müssen. Sontheim soll nach Auffassung der CDU-Fraktion zukünftig eine Vorreiterrolle im Landkreis spielen. Sobald Bürgerdienste auf digitalem Wege möglich sind, wollen wir auf den Zug aufspringen. Vielleicht – wenn möglich – auch als Modellgemeinde in einer Erprobungsphase. Entscheidend ist die Entlastung für beide Seiten – Bürger und Verwaltung.

Weiterhin wünschen wir uns eine Art „Beschwerdemanagement“ innerhalb eines Online-Programms für Mitglieder des Gemeinderats. Hier sollen Anfragen und Anregungen aus der Bürgerschaft, die an die Gemeinderäte herangetragen werden, auf unkompliziertem Wege an die Gemeindeverwaltung weitergegeben und beantwortet werden können. Das führt zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von Bürgeranliegen und wirkt sich positiv auf die Sitzungsökonomie hier im Gremium aus. Die CDU-Fraktion stellt hiermit den Antrag (3) auf Erarbeitung eines solchen Modells.

7. Feuerwehr

Erneut ist die Planung eines Feuerwehrgerätehauses Thema in diesem Jahr. Sie, Herr Bürgermeister, haben bei der Einbringung des Haushalts sowie in Ihrer Rede beim Neujahrsempfang der Gemeinde von neuen Realisierungsmöglichkeiten gesprochen, so auch von einer Kooperation mit einem privaten Investor. Eine sogenannte öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP). Wir stehen einer solchen ÖPP grundsätzlich offen gegenüber und sind der Auffassung, dass die Konditionen abzufragen sind und dass dieses Modell bei einer Entscheidungsfindung auch zu berücksichtigen ist.

Entscheiden werden es am Ende einzig und allein die Kosten. Wir dürfen nicht der Chimäre anheimfallen, nur um eine Hauruckinvestition zu vermeiden. Auch Miete, Mietkauf und Leasinggeschäfte fallen ähnlich ins Gewicht wie Tilgung und Zinsen für Kredite. Wir müssen das ehrlich bewerten, sobald Zahlen vorhanden sind.

Warnen möchte ich vor einer Kostenmehrung durch eine gestreckte vertragliche Verpflichtung. Zudem erinnere ich an die Waghalsigkeit von Cross-Boarder-Leasinggeschäften einiger Städte und Gemeinden zu Beginn des Jahrtausends. Wir als Kommune sind am Gemeinwohl interessiert, ein Investor an der Gewinnmaximierung. Dies zu harmonisieren um eine Win-Win-Situation zu erzielen, dürfte nicht einfach werden. Wir haben als Gemeinde in der Vergangenheit immer die Belange der Feuerwehr unterstützt. So verweise ich auf die Anschaffung eines Transportfahrzeugs 2017, die neuen Uniformen sowie die Erhöhung der Aufwandsentschädigung.

Damit haben wir viel für die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehr getan und fühlen uns dieser auch weiterhin verpflichtet.

Wir werden dem Haushaltsplan 2018 und dem Wirtschaftsplan der Wasserversorgung 2018 geschlossen zustimmen.

Verbunden ist diese Zustimmung – wie immer – mit dem vielleicht etwas unrealistischen aber hoffnungsvollen Wunsch, dass im nächsten Jahr alles besser wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.